

SPD demokratischer pressediens

F/XXX/175

15. September 1975

Zwei Männer ohne Alternativen

Das trübe Fazit des Münchner CSU-Kongresses

Seite 1 und 2 / 68 Zeilen

Frances Spitzel blitzen ab

Sie wollten sich Informationen über Sozialistentreffen erschleichen

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Fraktion
im Europäischen Parlament und der SPD-Fraktion im
Bundestag

Seite 3 / 34 Zeilen

Studienpläne müssen berufsbezogener werden

Zu lange Studienzeiten blockieren Ausbildungskapazität

Von Prof. Dr. Raimut Jochimsen

Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und
Wissenschaft

Seite 4 und 5 / 88 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Bekennnis deutscher Selbstachtung"

Seite 6 / 27 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 02 80 37 - 38
Telefax: 02 80 646 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnler Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Zwei Männer ohne Alternativen

Das trübe Fazit des Münchner CSU-Kongresses

Der Münchner CSU-Parteitag hat trotz des verbalen Lärms, den alle Redner, vor allem aber der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Prof. Dr. Karl Carstens geschlagen haben, mit der notwendigen - und sagen wir es offen - auch erwünschten Deutlichkeit gezeigt, daß die Führung der beiden Unionsparteien jedenfalls zur Zeit über nichts verfügt, was auch nur andeutungsweise wie eine Alternative zur Politik der sozialliberalen Bundesregierung aussehen könnte - und zwar auf keinem Gebiet. Der Versuch der Unions-Sprecher von Strauß über Kohl bis zu Carstens, in einer Art Rollenverteilung (Strauß Finanzen und Wirtschaft, Kohl Innen- und Außenpolitik und Carstens Agitation) doch so etwas wie eine Alternativpolitik vorzustellen, ist in umfassende Weise mißlungen.

Zwar hat man in der Union allmählich aufgehört, auf die Forderung nach einer solchen Alternative, ohne die man nicht als Gegenregierung auftreten kann, mimosenhaft mit Abscheu vor einer solchen Zumutung zu reagieren. Man hat inzwischen auch in den stursten Winkeln der Unions-Führung eingesehen, daß man dem Wähler ein solches Alternativprogramm rechtzeitig auf den Tisch legen muß, wenn man nicht von vornherein das ganze Heil nur in Wahlplakaten suchen will. Aber diese Erkenntnis hat noch keine konkreten Konsequenzen gebracht. Was etwa Strauß im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik vorzubringen wußte (die "Welt" fand analytisch heraus, daß Strauß sich damit als Schatten-Schatzminister angemeldet habe), war keine Alternative zum Konjunktur- und Sparprogramm der Regierung Schmidt/Genscher, sondern ein Versatzspiel mit gegebenen Größen, das auch dadurch nicht besser wurde, daß er "trotz weiteren Einnahmeverlusten" eine von ihm in ihrer Größenordnung überhaupt nicht konkretisierte Wirtschaftshilfe für die Unter-

nehmen als Heilmittel vorzuschlag.

Der CDU/CSU-gemeinsame Kanzlerkandidat Dr. Helmut Kohl, dessen Name von Strauß in seiner Parteitage-Hauptrede überhaupt nicht erwähnt worden war, fand am zweiten Kongreßtag auch nicht das Ei des Alternativ-Kolumbus, als er - und auch das erst für den Wahltag - ankündigte, daß die Unions-Parteien dem Wähler das "Angebot für einen neuen Anfang für eine bessere Zukunft unseres Vaterlandes" unterbreiten würden.

Das Erkenntnisfaßit von München ist, betrachtet man es berechtigterweise von der Position des erwartungsvollen Bürgers, den die CDU/CSU für die nächsten zwölf völlig zum Nur-Noch-Wähler umfunktionieren will, recht trübe. Lept man nämlich die Hauptreden von Strauß und Kohl - genau nach der tatsächlichen Potenzhierarchie aufgezählt - auf den politischen Seziersiach, dann wird man festzustellen haben, daß die Aussagen der beiden Unions-Spitzenmänner von erstaunlich leichtem Gewicht sind. Wahlkampf-slogana wie "Für Freiheit gegen Kollektivismus" et Tutti Quanti sind kein Ersatz für ein politisch brauchbares Programm, zu dessen Unterstützung und Realisierung man den Bundesbürger mit gutem Gewissen an die Wahlurnen rufen dürfte. Wenn die Unions-Führungen sich von den Prof. Dr. Steinbuch, der noch vor einer Handvoll Jahren vor einem SPD-Landesparteitag in München sprach und sich nun seiner "Kurswende" rühmt, theoretische Führungshilfe erwartet haben sollten, dann hat sie der Kurswechsler schmäählich im Stich gelassen: Statt harter wissenschaftlicher Goldstücke bot er dem CSU-Kongreß agitatorischen Flitter. Strauß und Kohl werden sich einen anderen Theoretiker holen oder selbst nachdenken müssen.

Alle Kongreßredner konzentrierten sich unter immer neuer Beschwörung des Namens Helmut Schmidt auf diesen Unions-Angstgegner, den sie ungeachtet aller verbalen Insinuationen - Professor Caratens bot den von dem aus "staatsmännischen Erkenntnisgründen" hinter Sonthofen zurückgebliebenen, Strauß enttäuschten CSU-Bayern freigebig das erhoffte Bierzeltgeschrei - nicht verschwinden lassen konnten. Die Unions-Parteien wissen und sagen es sich selbst immer wieder vor, daß der bevorstehende Bundestagswahlkampf für sie "sehr schwierig" und "der härteste" werden wird. Und deshalb haben sie sich in der Münchner Bayernhalle lauthals Mut gemacht. Aber gerade Franz Josef Strauß weiß es, und das sicher besser als die 807 Delegierten aus den bayrischen Landen, daß der Schlachtruf "das Schmidt-Kabinett muß weg!" allein die machtpolitischen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik um keinen Deut und um keinen Zentimeter verändert. Mit dem Wunderwaffen-Pracht-rezept des Kanzlerkandidaten "Es ist besser wir schaffen die Arbeitslosen ab und investieren das Geld in der richtigen Weise" ist jedenfalls kein Blumenkohl zu gewinnen. Angesichts dieses Überwältigenden Blablaismus - auch sonst strotzte die Kohl-Rede von Plattituden und Allerweltsweisheiten - konnte man es Strauß nicht verübeln, daß er unter Ausnützung der sonst verlorenen Zeit lieber Akten aufarbeitete und keine Hand zum Beifall rührte.

Erhardt Eckert
(-/15.9.1975/ks/pr/vs)

+ + +

Francos Spitzel blitzten ab

Sie wollten sich Informationen über Sozialistentreffen erschleichen

Van Horst Seefeld MdB

Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Fraktion im Europäischen
Parlament und der SPD-Fraktion im Bundestag

Keine 50 Kilometer von der spanischen Grenze entfernt, im südfranzösischen Perpignan, haben sich Sozialdemokraten und Sozialisten aus dem Europäischen Parlament zu ihren jährlichen Studientagen getroffen. Die Tatsache, daß auf der Tagesordnung u.a. auch ein Bericht des Fraktionsvorsitzenden Ludwig Fellermeier über "die politische Lage in Spanien" angekündigt war, versetzte Francos Botschafter in einigen EG-Ländern in Unruhe.

Mehrere Fraktionsabgeordnete, von denen man wußte, daß sie an der Sitzung der Sozialistischen Fraktion teilnehmen würden, wurden durch Telefonanrufe zum Teil auch nachts belästigt. Dabei erklärten die spanischen Diplomaten eher undiplomatisch, daß der politische Frühling im Reich der Franco angebrochen und eine Liberalisierung, ja im März 1976 sogar freie Wahlen, bevorstünden. Diesen Trend müßten doch die Sozialisten Europas unterstützen, und deshalb wäre es hilfreich, wenn nach der internen Beratung in der sozialistischen Fraktion Informationen an die jeweiligen spanischen Botschafter weitergegeben würden.

Eine Delegation der Sozialistischen Fraktion unter der Leitung des Fraktionsvorsitzenden Ludwig Fellermeier MdB konnte sich allerdings wenige Tage vor der Sitzung in Perpignan in Spanien selbst davon überzeugen, wie wenig Wahrheitsgehalt die Aussagen der Diplomaten besitzen. Das Gegenteil von Liberalisierung trifft auf das Regime in Spanien zu. Die Todesurteile von Burgos, die jüngsten Maßnahmen gegen die spanische Partei PSOE und auch die Verweigerung der Ausreise für den PSOE-Parteivorsitzenden Philippe Goncalves in die Bundesrepublik, der einer Einladung Willy Brandts folgen möchte, sprechen eine deutliche Sprache.

Im Übrigen sind die dreisten Versuche, auf plumpe Weise Sozialistentreffen durch Sozialisten bespitzeln zu lassen, Beweis für die Unkenntnis der Franco-Diplomaten bezüglich der Solidarität europäischer Sozialisten. Das derzeitige spanische Regime steht einer an sich wünschenswerten Annäherung Spaniens an die Europäische Gemeinschaft nach wie vor entgegen. Die Sozialistische Europa-Fraktion hat in Perpignan erneut die Unmenschlichkeit des Franco-Regimes angeprangert, die Aufhebung der Todesurteile gefordert und ihre Sympathie mit ihren spanischen Freunden demonstriert.

(-/15.9.1975/Ss/pr/vs)

+ + +

Studienplätze müssen berufsbezogener werden
"Zu lange Studienzeiten blockieren Ausbildungskapazität"

Von Prof. Dr. Reimut Jochimsen

Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft

Studienplätze sind noch knapper geworden. Die lange Liste der in das zentrale Verteilungsverfahren der ZVS aufgenommenen Studiengänge spricht eine deutliche Sprache. Und die Liste dürfte noch länger werden: Im kommenden Wintersemester werden geradezu alle Studiengänge erfaßt sein. Entsprechend dürfte auch die Zahl abgewiesener Bewerber steigen. Kann hier nicht - so muß m.E. gefragt werden - eine Verkürzung der heute üblichen Studienzeiten eine Entlastung der Hochschulen und damit zugleich eine Erhöhung der jährlichen Aufnahmekapazität bewirken?

Doch während zur Zeit die Probleme des Hochschulzuganges - insbesondere seiner gerechten Gestaltung - mit verstärktem Interesse diskutiert werden, wird die Frage, in welchem Umfang die ausgebliebene Studienreform und z.B. Überlange Verweildauern, eine mangelhafte Studienorganisation oder andere vergleichbare Faktoren Studienplätze blockieren, weit weniger Beachtung geschenkt. Hier sind die Hochschulen, die Länder und der Bund gleichermaßen in die Verantwortung gestellt. Neuere Untersuchungen zeigen nämlich nachdrücklich, daß gerade die mangelhafte Studienorganisation seitens der Hochschulen und der Studenten und ähnliche Einflüsse für die optimale bzw. - möglicherweise vorübergehende - maximale Auslastung der Hochschulkapazitäten eine zentrale Rolle spielen.

Tatsache ist, daß deutsche Studenten wesentlich länger studieren als ihre ausländischen Kollegen und wesentlich älter die Hochschule verlassen, in jedem Falle aber im Durchschnitt zu lange studieren und damit neuen Studienbewerbern Plätze vorenthalten. Die Studenten verbringen im Durchschnitt 13 Semester an der wissenschaftlichen Hochschule, und zwar werden dabei alle Studenten mitgezählt, ob sie nun in ganz niedrigen Semestern das Studium abbrechen, mehrere Fachwechsel vollziehen oder zielstrebig und erfolgreich das Examen ablegen. Da hilft auch nicht der (richtige Hinweis), daß zwischen Verweildauer und Fachstudienzeit unterschieden werden muß. Es ist zwar richtig, daß die Fachstudienzeit, d.h. die Zeit, die ein Student bis zum erfolgreichen Examen im Examensfachbereich an der Hochschule weilt; in letzter Zeit nicht weiter angestiegen, insgesamt in einigen Fachbereichen sogar leicht rückfälliger ist. Dieser erfreuliche Tatbestand sagt jedoch noch nichts darüber aus, ob die Fachstudienzeiten insgesamt nicht trotzdem unverhältnismäßig lange ausgedehnt sind. Annähernd ein Fünftel aller Studierenden sind heute noch immer im 11. bis 15., sogar im 16. Semester anzutreffen.

Gegenüber der Fachstudienzeit ist aber die mittlere Verweildauer (an den wissenschaftlichen Hochschulen), d.h. die Zeit, die ein Student durchschnittlich insgesamt im Hochschulbereich verbringt, allein von 1970 bis 1972 von 5,7 auf 6,3 Jahre angestiegen. Hier müssen die Ansatzpunkte

für konkrete Maßnahmen zur besseren Nutzung der Hochschulen liegen, denn in der Ausdehnung der durchschnittlichen Verweildauer spiegelt sich die ganze Problematik des sog. Parkstudiums wider, des häufigen Fachwechsels infolge von Desorientierung bei Studienbeginn, der wachsenden Zahl der Zweitstudien (d.h. zur weiteren Immatrikulation trotz abgeschlossenen Exams) und der wachsenden Zahl der Überwechsler von Fachhochschulen auf Universitäten.

War diese Entwicklung allein als eine Folge bildungspolitischer Entscheidungen des Staates darstellbar bzw. dem Bund hierfür die Verantwortung zugeschrieben möchte, macht es sich zu einfach. Die Hochschulen aber auch die Länder selbst haben hier nicht immer das getan, was eigentlich hätte längst verwirklicht werden müssen. Die Studienberatung als eine wesentliche Voraussetzung zur Vermeidung des Studienfachwechsels und damit zur Vermeidung langer Verweilzeiten, die notwendige studienzeitverkürzende Integration verwandter Studiengänge an den Fachhochschulen und wissenschaftlichen Hochschulen sind bis heute in den Anfängen steckengeblieben. Hier nur ein Beispiel: Untersuchungen im Auftrage des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft haben ergeben, daß 64 vH der Studenten, die mangelnde Orientierung im Studienaufbau als eines ihrer wichtigsten Probleme ansehen. Solange das konkrete Lehrangebot der Universitäten und die konkrete Lehrnachfrage der Studenten oft noch weit auseinanderklaffen, solange eine ausreichende Abstimmung zwischen Studienplänen und Prüfungsordnungen nicht vor Ort konkret erfolgt und solange die Koordination des Lehrangebots an der Hochschule auf sich warten läßt, kann die Hochschule aus ihrer Mitverantwortung für Überlange Studienzeiten nicht entlassen werden. Wie Untersuchungen zeigen, ist vor allem eine inhaltliche Abstimmung der verschiedenen Veranstaltungen des Lehrangebots als Grundlage für eine rationellere Nutzung der Hochschuleinrichtungen dringend notwendig.

Nicht nur im Interesse einer Entlastung des Lehrbetriebes und der Infrastruktur der Hochschulen, sondern auch im Interesse des Studierenden selbst müssen lange Studienzeiten abgebaut werden. Im Sinne einer Selbstverwirklichung junger Menschen ist anzustreben, daß auch der Hochschulabsolvent in der Regel mit 23, 24 oder 25 Jahren in seinen Beruf eintritt, eine berufliche Verantwortung übernimmt und wirtschaftlich auf eigenen Füßen steht. In anderen vergleichbaren Staaten ist dies möglich. Gerade dazu dürfte es aber unabdingbar sein, daß Studienpläne berufsbezogener gestaltet und damit die mit Recht beklagte Realitätsferne wissenschaftlicher Ausbildung vermindert wird.

Dies zu erreichen, ist eines der wesentlichen Ziele des vom Deutschen Bundestag auf Grund eines Entwurfes der Bundesregierung beschlossenen Hochschulrahmengesetzes, dem die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat bisher nicht zustimmt. Dieses Gesetz muß jetzt verabschiedet werden: Es gilt nicht nur, den Hochschulzugang bundesweit zu regeln, sondern auch die Studienreform in Gang zu setzen, und damit sowohl dem einzelnen Studierenden ein übersichtliches und dem Studienziel entsprechendes Studium mit Studienerfolg zu ermöglichen als auch einer größeren Zahl der vor den Hochschulen wartenden Studienbewerber den Zugang zum Studium zu eröffnen.

(-/15.9.1975/Be/pr/va)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Bekennnis deutscher Selbstachtung"

Der erste Vorsitzende des "Kampfbundes deutscher Soldaten", Erwin Schönborn, hat an die Bundesvorstände "der NPD, der DVU und anderer Organisationen der Nationalen Rechten" einen Rundbrief verschickt, der die Berechtigung der ständigen Warnungen vor einem Wiedererstarken rechteradikaler Aktivitäten besonders deutlich macht. Der Schönborn-Rundbrief hat nach Angaben der "Frankfurter Rundschau" folgenden Inhalt:

"Im Gedenken an den 1. Oktober 1946 und damit an das Urteil des IMT (=Internationales Militär-Tribunal) in Nürnberg gegen die 16 Opfer der Siegerjustiz bereiten wir, zusammen mit einer größeren Zahl befreundeter Gruppen und Einzelpersonlichkeiten zur Zeit eine Demonstration vor, die unseres Erachtens - 30 Jahre nach dem Krieg - mehr als überfällig ist.

Wir rufen alle Deutschen, die noch Ehrgefühl und Selbstachtung besitzen, zusammen mit Freunden des deutschen Volkes aus aller Welt für Samstag, den 27. September 1975, auf, vor der 'Zentralen Stelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen' in Ludwigsburg zu demonstrieren.

Wir wollen damit unsere ganze Verachtung gegenüber den 'Deutschen' zum Ausdruck bringen, die als Knechte von Simon Wiesenthal und Robert Max Wassili Kampner ihr unwürdiges antideutsches Unwesen treiben und heute noch nach Opfern prozessionischer Schauprozesse schnüffeln.

Wir hoffen sehr, daß Sie ebenfalls nationale Solidarität zeigen und mit allen Ihren organisatorischen und publizistischen Mitteln mithelfen, daß diese Demonstration ein machtvolles Bekenntnis deutscher Selbstachtung wird. Für die Vorbesprechungen - Termine und Orte werden dann bekanntgegeben - dürfen wir Sie bitten, uns einen Mitarbeiter Ihrer Organisation zu benennen. Im Sinne nationaler Solidarität verbleiben wir mit kameradschaftlichen Grüßen."

(-/15.9.1975/ks/ee/ja)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller